

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 7 (1893)

135 (26.7.1893)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-226344](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-226344)

Norddeutsches Volksblatt.

Er scheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. Inzerate die viergespaltene Seite 10 A bei Wiederholungen Rabatt. Postzeitungsliste Nr. 4767.

Organ für Vertretung der Interessen des werththätigen Volkes.

Abonnement bei Vorauszahlung frei in's Haus: vierteljährlich 2,10 M. für 2 Monate 1,40 M. für 1 Monat 0,70 M. excl. Postgebühren.

Redaktion und Expedition: Bant, Adolfsstraße Nr. 1.

Inzeraten-Nachnahme für die laufende Nummer bis spätestens Mittags 1 Uhr. Größere Inzerate werden früher erbeten.

Nr. 135.

Bant, Mittwoch den 26. Juli 1893.

7. Jahrgang.

Die Freiheit des Proletariats.

Von dem Beginn der antiken Zeit bis in diese Stunde hinein trugen die Menschen das eiserne Joch der Sklaverei. Der einzelne Sklave ist rechtlos, ohne persönliche Freiheit und zudem Eigentum eines anderen Menschen.

Diesen Zustand des Proletariats finden wir im Alterthum z. B. bei den Ägyptern, Babyloniern, Ägyptern u. s. w., sowie bei den klassischen Völkern des antiken Zeitalters, den Griechen und Römern. Diesen gesellschaftlichen Einrichtungen begegnete man sowohl in dem Ost- als in dem weströmischen Staatsleben, deren Zertrümmerung sie überlebte. Die alte Sklaverei erhielt sich in Europa bei den Germanen beispielsweise bis in das 13. Jahrhundert, um dann neuen Formen — der Leibeigenschaft, Hörigkeit und Lohnsklaverei — im Laufe der Jahrhunderte zu weichen. Daneben hat aber die schroffe Form der Sklaverei in Afrika und Asien niemals aufgehört. Und erst vor ganz kurzer Zeit ist Amerika in Nord und Süd für die allgemeine Emanzipation eingetreten. — Trotzdem stimmt freilich der brennendste und überseits Sklavenhandel, der hauptsächlich in den Händen von Orientalen liegt, bis zu diesem Augenblick seinen ganz ungehörten Fortgang.

Nun darf aber nicht vergessen werden, daß Sklaverei auch dann Sklaverei bleibt, wenn sie den Namen wechselt. Es ist also nahezu vollständig gleichgültig für den Proletarier, ob er sich unter das antike, mittelalterliche oder moderne Sklavensjoch zu beugen hat. Und Niemand vermag es, das neugeitliche Joch der Sklaverei fortzuleugnen, das einen ganz furchtbaren Druck auf das moderne Proletariat ausübt.

Was auch Naches sich im Laufe und Wechsel der Zeit geändert, ja verbessert haben, so muß man doch zugeben, daß die Stellung des proletarischen Arbeiters in gewissen Hauptpunkten innerhalb unserer Industrie und Landwirthschaft eine schlimmere geworden ist, als sie selbst die antiken Sklaven gehabt haben. — Heute bilden die Großkapitalisten den souveränen Theil des Volkes und ihrem Befehl und Willen haben sich die Arbeiter gleich Sklaven zu unterwerfen. Man berufe sich doch dem gegenüber nicht auf die angeblichen Freiheiten des Proletariats, die doch zweifellos sehr trügerisch und illusorisch sind. Vorgebildet hat auch der Arbeiter das Recht, seine Meinung frei zu sagen, — in Wirklichkeit ist er an die kapitalistische Kette gelegt, an der seine Willenskraft verkrüppelt; seine Gedanken und Empfindungen verdirbt er sorgfältig, wenn sie nicht denen seines Unternehmers, des „Arbeitgebers“, genügend entsprechen. Er muß sich beugen, so lange er und seine Familie mit allen Existenzmitteln von dem Unternehmer abhängig sind. — Darum giebt es für die Befreiung der proletarischen Klassen heute kein anderes Ziel, als die Unabhängigkeit.

Schon früher hatten sich die Sklavenhalter und feudalen Gutsherren nach gesetzlichen Bestimmungen, die zu Gunsten der Sklaven und Leibeigenen erlassen waren, zu richten. Was geschieht denn heute nach dieser Richtung so Absonderliches für das geistige und leibliche Gedeihen der Erben der Nation? Vielfach überantworten die weiten Wälder und kaffenden Büden unserer Gehege den Arbeiter hilflos dem Kapitalistenwillkür. Der Kapitalismus selbst hat kein Herz und läßt die Dinge laufen, wie sie mögen.

Und dann, welche Wahl des Geschicks, welche Freiheit bleibt dem Arbeiter unter der jermalmenden Wucht der herrschenden Zustände? — Nahezu keine, kaum eine erhebliche höhere als die des antiken Sklaven.

Die Proletarierin nähert mit den geknauten Säften ihres Körpers, mit ihren eigenen Brüsten die Kinder der Reichen und Mächtigen, während die Kinder der Armen aus Mangel an ausreichender Nahrung hinsterben und sterben. Während die heranwachsende proletarische Jugend von dem Kapitalismus barbarisch ausgebeutet wird in überlanger Arbeitszeit, liefert das Proletariat dem Staate in den Steuern die Mittel, für eine ausgezeichnete Bildung der Kinder der Reichen Sorge zu tragen. Während der Arbeiter und die Arbeiterin ihr ganzes Leben daran setzen, ihre Dränger zu bereichern und „Nationalreichthümer“ hervorzubringen, während sie sich in Hunger und Kummer dabei durchschlagen, von einem Tag zum andern, geseinigt von der furchtbaren Ungewißheit ihres Looses und der Sorge um die Zukunft, werden sie früh alt, weil ihre Kräfte in übermäßiger Arbeit und ihre Körper in fortwährender Unterernährung erschöpft sind. Nun wirft man sie aus der Werkstätte hinaus und überläßt sie dem ganzen Elend privater Fürsorge, haaltlicher „Renten“ oder einer Pensionsbezüge, in der kein Feuer am Herd, kein Obdach bei Tage, kein Unterkommen für die Nacht dem furchtbaren

Elend Einhalt thun. — Das sind die Wirkungen der Nachfülle unserer Bourgeoisie, die die Arbeiterklasse rechtlos gemacht und verflaut hat. Der Lohnarbeiter ist der moderne Sklave.

So liegen die Dinge leider einmal für die breiten Massen unseres Volkes in der Wirklichkeit, mit schönen freiheitlichen Redewendungen kommt man darüber gewiß nicht hinweg.

Wo in aller Welt steht eigentlich die Freiheit des Proletariats? Darf man sie auf den großen Dominien, den großen Rittergütern, den ausgedehnten Fideikommissbesitzen, in den großen Werkstätten, den Riesen-Etablissements und kolossalen Fabriken suchen? Gewiß nicht, denn das sind die Bastillen der Arbeit, die Pontons und Bagnos der Arbeiter, die zu Tausenden und Millionen mit der Straffheit des Gefängnisses organisiert und behandelt werden. Dafür sorgen der „Meister“, der Inspektor, der Techniker, der niedere und höhere Bureaubeamte bis zum Direktor, Bekämer und Aufsichtsrath. Jeden dieser kleinen oder großen Despoten hat der moderne Sklave zu beachten und auch zu fürchten. Sie Alle, von Geminilustig angepornt, treiben den Arbeiter an. Sie Alle „theilen“ mit dem Arbeiter, aber so, daß die arbeitenden Volksklassen dabei höchstens die nackte Existenz ermöglichen können.

Dabei ist die herrschende Klasse bemüht, den wahren Kommunismus und Sozialismus den Arbeitern so abschreckend als möglich vorzumalen; wenn man den Herrschenden glaubt, so vernichtet die neue Lehre alle persönliche Freiheit, denn es ist eine Lehre, der alle erdenkliche Dummheiten und Nichtswürdigkeiten wie Ketten anhaften. Danach soll einmal unter der Fahne des Sozialismus nur die Freiheit des Koffers, der Kaserne oder des Zuchthausen vorhanden sein. — Diejenigen, welche solche Unwahrheiten ausprägen, sind dieselben Einfallspinsel ober Schufte, die den Sozialdemokraten die Güterheilung und Weibergemeinschaft als Programmpunkte in die Schuhe schieben möchten. Ein solches Vorgehen ist leicht degreulich; denn da die angeblende Freiheit und das Privatigentum des Arbeiters in dem Gegenwartsstaat kaum einen Schuß Pulver werth sind, so ist es nötig, den Zukunftsstaat des Sozialismus mit den elsthaftesten Farben und Formen im Bourgeoisinteresse zu zeichnen.

In Wahrheit liegen jedoch die Dinge so, daß, wenn wirtschaftliche Gleichheit vorhanden ist, damit für alle Menschen das höchste Maß persönlicher (individueller) Freiheit errungen wird. Denn dann giebt es weder Milliardäre noch Bekämer, weder Millionäre noch Hungerleiber, weder Herren noch Knechte. —

Ueber die Reichthümer der Gesamtheit verfügt dann nicht mehr in unbeschränkter Freiheit (Freiheit) eine winzige Minorität, und die Majorität läßt sich dann nicht mehr die Bedingungen aufzwingen, unter denen sie in der Sklaverei zu verbleiben hat. Denn in einer wahrhaft sozialistischen Organisation der Arbeit, unter Benützung der Arbeits- und Produktionsmittel für die Gemeinschaft, kann sich keiner die Unersättlichkeit gestatten, die Freiheit auch nur eines seiner Mitmenschen anzutasten, zu kaufen oder zu verkaufen. — Alle Bürger arbeiten, alle haben Theil an dem Vollertrage der Arbeit, alle sind wirtschaftlich gleichgestellt, keiner ist von dem andern abhängig; d. h. also, er genießt die höchste Summe von individueller Freiheit, die denkbar ist. —

Vor unseren Augen geht jetzt eine mächtige gesellschaftliche Wandlung vor sich und daraus klingt es uns lähn entgegen —

Es ruft der Kreuzer Stimme mächtig schon, Das es durch die Paläste dröhnt und gellt: „Der Arbeit Fahne hoch, die Knechtschaft fällt!“

Politische Rundschau.

Bant, den 25. Juli.

— Dem Bundesrathe ist ein Entwurf von Bestimmungen über die Nachmittagspousen der in Spinnereien beschäftigten jugendlichen Arbeiter zugegangen. Danach darf an Sonntagen sowie an Vorabenden der Festtage die Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter nicht länger als 9 1/2 Stunden und nicht über 5 Uhr Nachmittags dauern und nach der Mittagspause 4 Stunden nicht überschreiten. Auch muß an diesen Tagen den gedachten Arbeitern gestattet werden, das Vesperbrot während der Arbeit einzunehmen. Diese Bestimmungen sollen mit dem Tage der Verkündung in Kraft treten und bis zum 1. April 1903 in Gültigkeit bleiben.

— Der „Reichsanzeiger“ schreibt: „In Rücksicht auf den in vielen Gegenden Deutschlands herrschenden Mangel an Futter- und Streumitteln waren auf den Eisen-

bahnen mehrerer Bundesstaaten schon vor einiger Zeit für den Binnenverkehr Frachterleichterungen gewährt. Von der preussischen Staatsbahnverwaltung wurde in Anregung gebracht, die zunächst auf den preussischen und obdenburgischen Staatsbahnen sowie den Reichseisenbahnen in Elbst-Lothringen im Binnen- und Wechselverkehr eingeführten weit ermäßigten Ausnahmetarife für Futter- und Streumittel auf alle direkten Verkehrs innerhalb Deutschlands auszuweihen. Dieser vom Reichseisenbahnamt unterstützte, namentlich auch zur Erleichterung des Austausches zwischen den verschiedenen Bezirken geeignete Vorschlag hat bei sämmtlichen deutschen Staatsbahnverwaltungen wie auch mit verschwindenden Ausnahmen bei den Privatbahnen Annahme gefunden, so daß jene Ausnahmetarife sich nunmehr über das ganze Gebiet des Reichs erstrecken.

— Am Sonntag Nachmittag fand beim Präsidenten des Staatsministeriums, Grafen Guleburg, eine Zusammenkunft statt, an welcher Finanzminister Riquel und Minister v. Bötticher theilnahmen.

— Wer wirklichen Nutzen vom Militarismus hat. Durch den mit zehn Stimmen Majorität erfochtenen „herrlichen Sieg“ in Sachen der neuen Heeresvermehrung müssen in Preußen 1370, in Württemberg 50 und in Bayern 269 Offiziersstellen neu geschaffen werden. Preußen wird dann 17 185, Württemberg 881 und Bayern 2591 Offiziere haben. Die Vermehrung der Offiziersstellen bringt schnelleres Avancement und Freiwerden gutbezahlter Plätze für die Jugend des Adels und der Großbourgeoisie mit sich. Beide Schichten der Bevölkerung haben den weiteren Vortheil, daß die ertragreichen Lieferungen an Ausrüstungsgegenständen und Nahrungsmitteln für das Heer mit dem Wachstum der Armee gleichen Schritt halten muß. Wie sie sich umzulegen werden die Herren Papas der „vornehmen“ Gesellschaft, daß sich die Auskosten für die Unterbringung ihrer Söhne und für eine schnellere Karriere so außerordentlich gehiebert haben. Dank, rufen sie aus sorgenbefreiter Brust, den wackeren Jagatzen zur Militärorlage, daß sie uns diesen Liebesdienst thäten, unseren Jungen ein so angenehmes Fortkommen bereiteten. Diese Herren, so schon gelehrt mit den Glücksgütern dieser Erde, haben also den Nutzen und die Annehmlichkeiten von der Militäervermehrung. Das Volk der Arbeit aber muß die „gemeinen“ Leute stellen, die sich zwei Jahre lang bei Rommibrot und oft unwürdiger Behandlung durchwürgen, es muß die Steuern zahlen, damit die Söhne der Vermögenden ihre Offiziersgehälter einstreichen können. Da sage noch einer, daß wir nicht in der besten der Welten leben!

— Die Nachwahl eines Abgeordneten zum Reichstage für den ersten Hamburger Wahlkreis ist nun auf Donnerstag, den 17. August, festgesetzt worden. Von unserer, der sozialdemokratischen Seite kandidirt bekanntlich Hermann Röllenkühn, während die bürgerlichen Parteien ihren früheren Durchfallkandidaten Laetz und die Antihemiten den Agitator Naab aufgestellt haben. Die Sozialdemokraten und Antihemiten sind schon tüchtig in der Agitation begriffen. Bei der Hauptwahl am 15. Juni erhielten Stimmen: Bebel (Soa.) 16935, Laetz (Wirkm.) 9769, Naab (Antih.) 2431; zerplittert waren 205 Stimmen. Unsere Genossen hoffen unverzüglich, durch rührige und ausgiebige Aufklärungsarbeit ein womöglich noch günstigeres Resultat als das der Hauptwahl zu erzielen.

— Das Geldprozentum kommt im preussischen Dreiklassen-Wahlgesetz nach der neuesten Wahlreform noch mehr zur Geltung, wie bisher. In Bonn gehörten vor dem neuen Steuer- resp. Wahlgesetz 190 der ersten, 591 der zweiten und 3363 der dritten Klasse, gegenwärtig nun 77 der ersten, 385 der zweiten und 9927 der dritten Wählerklasse an. In Dortmund zählte 1891 die erste Klasse 250, die zweite 1541, die dritte 13 401 Wähler, gegenwärtig die erste 20, die zweite 660, die dritte 16 000. In Krefeld gab es im Jahre 1891 373 Wähler der ersten, 1277 der zweiten und 4767 der dritten Klasse, gegenwärtig 143 erster, 1277 zweiter und 7165 dritter Klasse. In Aachen ist die Wählerzahl 1. Klasse von 311 auf 124, die der 2. von 1208 auf 738 gesunken, die der 3. von 5359 auf 8835 gestiegen. Fast sämmtliche Staatsbeamte, Richter u. s. w. wählen in der dritten Abtheilung, und nur wenige Geldmänner bilden die erste, und wenige gut situierte Bürger die zweite Abtheilung. Das nennt man Vertretung der Bildung, der Intelligenz! Eine größere Verhöhnung der Bildung ist wohl kaum denkbar, als daß der ärgste Bucherer das 600fache Wahlrecht eines Richters, eines Professors, eines Arbeiters hat, und der rotheste Viehhändler oder Schlachter, dessen Intelligenz nicht viel höher, als die seiner Ochsen ist, als hundertfach geeigneter Ver-

treter des Gemeinwohls angesehen wird, als die ehrenhaftesten und intelligentesten Bürger.

Die Klagen des Zentrums über die Folgen des neuen preussischen Wahlgesetzes mehren sich. Auch in Dortmund ergeben die Wahlen für die diesjährigen Stadtverordnetenwahlen eine ungeheure Verschiebung der Wählerklassen nach oben hin durch die Steuerreform und die von den Nationalliberalen und Konservativen im preussischen Landtage zu Wege gebrachte Wahlreform. „Es ist graden unerbört“, schreibt die Merkurale „Trenonia“, „was diese beiden Parteien jüngst im Abgeordnetenhaus geleistet haben; ein Schrei der Entrüstung wird durch die ganze Bevölkerung gehen, wenn sie erst einmal am eigenen Leibe erfährt, was diese Leute fertig gebracht haben. In Dortmund waren bei der letzten Stadtverordnetenwahl im Jahre 1891 die drei Wählerklassen also verteilt: erste Abtheilung 250 Wähler, zweite Abtheilung 1541 Wähler, dritte Abtheilung 13 401 Wähler. Nach den jetzt aufgestellten Abtheilungslisten ist das Resultat also: erste Abtheilung 20 Wähler, zweite Abtheilung 660 Wähler, dritte Abtheilung rund 16 000 Wähler. Wahlberechtigt sind hier alle Bürger, die zu 4 Rthl. Klassensteuer eingeschätzt sind. Die obigen Zahlen sprechen eine so beredete Sprache, daß wir dem kein Wort mehr hinzufügen brauchen. Ob der Regierung Angehörigen dieser plutokratischen Wirkung des Dreiklassenwahlrechts nach der Steuerreform und in Folge des vielbesprochenen Wahlgesetzes behaglich zu Muthe sein wird, darf billiger Weise bezweifelt werden. Fast die sämtlichen Staatsbeamten, Richter u. s. w. wählen jetzt in der dritten Abtheilung, und nur wenige Geldmänner bilden die erste, und wenige sehr gut situierte Bürger die zweite Abtheilung. Daß dadurch eine Verschärfung der Klassenengegenseit hervorgerufen, daß auf der ganzen Linie ein neuer erbitterter Kampf gegen dieses Dreiklassenwahlrecht entbrennen, daß man bei der Auswahl der Stadtverordneten dritter Abtheilung besonders auf der Hut sein wird, liegt auf der Hand.“ So geht's, wenn man an einem unerbitterlichen Geleß sitzen hilft.

Den nationalliberalen Wiederwählern in das Verhalten der Polizei im Elsaß noch zu milde. Das klingt nach den Erfahrungen des letzten Wahlkampfes, in dem es an Versammlungs-Verboten und Ersicherungen ebenso wenig fehlte, wie an sonstigen Verfolgungen der Opposition, die sich durch Schließung von Wirthschaften bis zur Vernichtung der bürgerlichen Existenz verhielten, schon recht leitlich. In der Bismarckischen Münchener „Allgemeinen Zeitung“ geht jedoch ein Korrespondent noch weiter. Er behauptet, daß nicht alle Sozialdemokraten aus den Reichsländern ausgewiesen würden und der Diktaturparagraph nicht strenger angewendet werde; er schreibt wörtlich: „Um so mehr aber besteht wohl die Pflicht, gerade Strahrgut nicht zu einem festen Punkt der Sozialdemokratie werden zu lassen, denn in welche Lage geriet die Garnison inmitten einer so beeinflussten Bevölkerung, wenn einmal ein feindliches Heer vor den Thoren erschiene? „Dann würde man kurzen Prozeß machen“ — lautet vielleicht die Antwort. Ja, wenn es „dann“ nur nicht zu spät wäre. Jedenfalls ist es richtiger und entspricht es einer vorstehenden Politik, diesen kurzen Prozeß schon jetzt zu machen und die sozialdemokratische Agitationen in Elsaß-Lothringen überhaupt nicht zu dulden. Wenn je, so ist der Diktaturparagraph ihnen gegenüber am Plage, und nicht die Klage scheint gerechtfertigt, daß er zu viel, sondern daß er zu wenig angewendet werde und seit einigen Jahren fast völlig eingeengt ist.“ „Das ist Geist von meinem Geiste!“ wird sicherlich der alte Reichsregler in Friedrichstruß ausgeprochen haben, als er diesen „Staatsmännischen“ Erguß gelesen hat. Es ist schade, daß der Verfasser dieses Rezeptes nicht näher in's Detail gegangen ist und im Einzelnen gezeigt hat, wie man die Sozial-

demokratie in den Reichsländern „vernichten“ kann. Es könnte an Staatsmännern wahrlich nicht fehlen, die bei einem Erlaß kein Rezept alsbald auf das ganze Reich anzuwenden würden. Andere Leute sind freilich, wie die „Frankfurter Zeitung“ sehr richtig bemerkt, der auch durch die Wirkungen des Sozialengesetzes erhärteten Ansicht, daß ein „Verbot“ der Agitation wie eine Verschärfung der Diktatur überhaupt ein sehr energisches Anknüpfen der Sozialdemokratie zur unabweislichen Folge haben müßte. Je größer der Druck von oben, desto stärker der Gegenruck von unten.

Ueber die Bewährung der Sonntagsruhe schreibt in seinem neuen Jahresbericht der „Kaufmännische Verein“ zu Bochum folgendes: „Es blieb natürlich nicht aus, daß sich nach Inkrafttreten insbesondere des Sonntagsruhe-Gesetzes mancher Widerspruch von Seiten der thätiglichen oder vermeintlich thätiglichen Geschäftsinhaber geltend machte, und es ist gewiß nicht zu verkennen, daß bei einer derartig einschneidenden Neuerung ein Theil der Gesamtheit vorübergehend eine gewisse Benachtheiligung erleidet, die aber gegenüber der auf dem Spiele stehenden Erhaltung des körperlichen und geistigen Wohles eines ganzen Standes nicht in's Gewicht fallen dürfte. Wir können überdies heute, nachdem das Gesetz mehr als drei Viertel Jahre wirksam gewesen, feststellen, daß fast aller Orten die ursprünglich vielfach sehr heftigen Befämpfungen der neuen Einrichtung aufgehört haben und daß sogar viele Gegner der Sonntagsruhe jetzt Freunde derselben geworden sind. Bedeutende Firmen erklären, daß der früher gerade an Sonntagen übermäßige Andrang der Käufer sich jetzt auf die ganze Woche vertheile und daß insbesondere die vordem stets in's Treffen geführte Landwirthschaft sich durchweg sehr bald mit dieser Einrichtung befreundet habe.“

Gegnerische Kampfsweise. Im Inferatenthil der Nr. 83. des „Alltäglichen Kommunalblatt der Stadt Gießen“ (Anhalt) befindet sich folgende, die Gegner charakterisirende Aufforderung:

„Für radikalen Ausbreitung der sich hier immer mehr breit machenden, namentlich der aus Ausland eingewanderten, nach Ansehlich dinstenden sozialdemokratischen Juden will sich hierseits ein Verein gründen. Die Ueße zur Einziehung resp. zum Beitritt dieses Vereins wird nächster Tage ausgelegt und Zeit und Ort näher bekannt gegeben werden. Können erwachsen den zum Beitritt sich einschreibenden Mitgliedern dursaus nicht.“

Zur näheren Aufklärung sei bemerkt, daß seit Jahresfrist einige Parteigenossen jüdischer Abkunft nach Kräften für die Ausbreitung unserer Ideen thätig gewesen sind, so daß in Gießen, wo bisher von Sozialdemokratie noch keine Rede war, zum Entzigen der Geuer bei der letzten Reichstagswahl 110 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden. Als nun gar öffentlich zur Gründung eines Arbeiter-Bildungsvereins aufgefordert wurde, konnte die Angst der „wahrhaft Gebildeten“ keine Grenzen mehr, der sie dann in vorstehender Weise Luft zu machen suchten.

Gegen die Auflösung der Zentr.-Invalidentafel der Buchdrucker, welche vor Kurzem beschlossen worden ist, wird von einer Anzahl Mitglieder Protest erhoben werden.

Österreich-Ungarn.

Budapest, 24. Juli. Das Ministerium hat beschlossen, bei der schwebenden Tagesfrage der „Zivilehe“ den Gesetzesentwurf über das Eherecht an der obligatorischen Zivilehe und der Aufhebbarkeit der Ehe festzuhalten. — In dem Ressort des Handelsministeriums wird, was in modernen Staaten eigentlich nicht mehr vorkommt, der Budgetabschluss vom vorigen Jahre einen Ueberschuß von 25 Millionen fl. auf. Die Staatsbahnen haben — freilich

beim Zonentarif — einen Ueberschuß von 32 Millionen aufzuweisen.

Frankreich.

Paris, 24. Juli. Die Parteien rüsten sich zum Wahlkampf und sind die Ausschüsse derselben eifrig dabei, die Wahlmanifeste zu verfaßen. Das Manifest der Sozialdemokraten an die Arbeiter ist schon erschienen und am Sonnabend in dem Pariser Industrieviertel verbreitet worden. Das Manifest beipricht die Schließung der Arbeiterhöfe und die Bewachung derselben durch Soldaten, und fordert die Arbeiter auf, am Wahltag dafür zu sorgen, daß aus der Bourgeoisrepublik eine wirkliche demokratische Republik werde.

In der Salle October beschäftigte sich gestern eine Versammlung sozialdemokratischer Studenten mit der Wahl. Die Kammer-Deputirten Jaures und Millerand waren die Hauptredner und polemisirten hauptsächlich gegen den französischen „Jrelebreermann“ Yves Guyot und kritisirten dessen jüngstes Pamphlet, das gegen den Sozialismus gerichtet ist und sich „La Tyrannie socialiste“ (die sozialistische Tyrannie) betitelt.

Der Panama-Untersuchungs-Ausschuß hat seinen Bericht veröffentlicht. Derselbe ist von dem Mitgliede Ballé verfaßt, soll von sehr großem Interesse sein und hat in Paris eine nicht geringe Ueberrauschung hervorgerufen. Der Bericht umfaßt drei dicke Bände. Die Ueberrauschung ist begreiflich, denn der Bericht zeigt nun klar, in welcher fürchterlicher Weise die Panamagelder verschleudert worden sind und wie groß die Zahl derjenigen ist, die Panamogelder erhalten haben. Wohlgefaßt und geordnet nachschreiben da die Panamiten auf und an ihrer Zahl wird es schon begreiflich, wo die Panama-Millionen geblieben sind. Alle Berufsstände und Gesellschaftsklassen außer den Arbeitern haben sich an diesem Raubzug auf die Taschen des französischen Volkes betheilig. Zunächst einmal marschiren das ganze Heer der Zeitungen auf. Nicht ein Blatt von den politischen Blättern in Paris und in der Provinz fehlt. Alle Parteien, außer der sozialdemokratischen, sind vertreten: Opportunisten, Radikale, Monarchisten, Liberaler. Vor Panama giebt es keine Unterschiede, und die Organe der Klöster und Abteien stehen auf der Liste brüderlich neben den zahllosen finanziellen Bulletin und Korrespondenzen. Diese letzteren leiten zu den Fachblättern über, und hier ist nicht nur die finanzielle Presse betheilig, sondern man sieht mit nicht eben wolkender Verblüffung, daß auf der Liste auch noch die sonstigen fachlichen Organe figuriren: medizinische, landwirthschaftliche, theatralische, naturwissenschaftliche, religiöse, militärische, diplomatische, juristische — Blätter für Architekten, Bäder, Mode, Frauenemanzipation, Touristik, Ägyptologie u. s. w. im tollsten Durcheinander. Auch auf das Ausland sind einige Tropfen von dem großen Wahnabguss gefallen. Spanische, russische, italienische, englische, amerikanische und sonstige nichtfranzösische Zeitungen oder publizistische Unternehmen sind mitgezählt. Einige deutsche Blätter, und zwar einige von den gesinnungsgünstigsten, grüßen man als alte Bekannte in dem Reigen, dazwischen drängt sich die unabsehbare Liste der Banken und finanziellen Institute im In- und Ausland. Dann kommen, nicht minder unabsehbar, die Namen von Privatpersonen — Männer der großen Welt, Oberredakteure, die eine persönliche Vergütung neben der ihrem Blatt gezahlten bezogen haben, Feuilletonisten und Kritiker von glänzendem Ruf, kleine Reporter, denen man ein paar hundert Franken als Almosen in die Hand gedrückt hat Kurzum, diese Beutelschneider-Gesellschaft ist im Kleinen, was die bürgerliche Gesellschaft mit ihrer Heuchelei, ihrer Corruption im Großen ist. Und diese Gesellschaft freilich immer noch als Ordnungsgewalt auf haben wie drüben. Was wird dem aufmerksamen Leser nicht alles klar beim Studium des Berichtes. Er begreift, warum diese

Eine Revolution für den König von Preußen.

Von Eug. Heinz.

5. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Doch als man anderntags den preussischen Adler an seiner Thür unter Spottgesängen abriß, verließ auch er sein Kaiell, wo er seit einem kleinen Menschenalter gehaust und zog mit den Seinen nach La Sagne.

Wer weiß übrigens, ob die Unglücksprophetieung des Alten vor dem Regierungseintritt nicht eingetroffen wäre, wenn nicht am achtzehnten desselben Monats die Revolution in Berlin ausgebrochen wäre. So konnte die preussische Regierung die Royalisten des Fürstentums Neuenburg nicht unterstützen. Ein Aufstand, den der alte Gensdarm in La Sagne versuchte, wurde sofort unterdrückt. Bereits Ende April war die Verfassungskommission mit ihrer Arbeit zu Ende. Die Verfassung des Kantons Neuenburg sollte auf breiterer demokratischer Grundlage beruhen, d. h. jeder männliche Einwohner über 20 Jahre sollte gleiches Wahlrecht besitzen.

Alle Lehnten und Feindnen wurden abgeschafft, alles Kirchenvermögen fiel an den Staat. Wenn die Gemeinden einen Prediger haben wollten, so sollten sie ihn sich selber wählen und bezahlen.

Am Sonntag den 7. Mai 1848 fand die Volksabstimmung im Kanton Neuenburg über die neu ausgearbeitete republikanische Verfassung statt.

Beide Parteien hatten die Zwischenzeit nach Kräften benutzt. Jean Meslier, welcher sich trotz seiner Jugend in Paris zu einem tüchtigen Volkredner ausgebildet hatte, über welchen die Bauern nur die einzige Klage erhoben, daß er doch in seinen Anschauungen viel zu weit ginge, denn er war ein Anhänger des Kommunisten Pierre Joseph Proudhon, hielt fast täglich Versammlungen im Kanton ab. In seiner Begleitung befand sich in der Regel Mathee Farceur, welcher die Bauern und Arbeiter durch seinen stets schlagfertigen Witz in guter Laune zu erhalten wußte.

Aber auch die Royalisten waren keineswegs untätig, besonders war es die Geistlichkeit, welche den Widerstand scharte.

Bei der Volksabstimmung wurde die republikanische Staatsverfassung mit 5813 gegen 4395 Stimmen angenommen.

Diese starke royalistische Minderheit ließ die Republikaner leicht erkennen, daß noch nicht alle Kämpfe vorüber.

Obgleich ihm augenblicklich wegen der inneren Zustände Preußens und Deutschlands die Hände gebunden waren, erließ der König Friedrich Wilhelm IV. dennoch eine Erklärung, worin er seinen Anhängern im Fürstentum Neuenburg versicherte, daß er sie nicht verlassen werde. Er erließ gleichzeitig einen Protest gegen die Einführung der Republik in Neuenburg. Bei seinem Besuch im Fürstentum Hohenjoller-Sigmaringen, welches ebenfalls dicht an der schweizer Grenze auf deutscher Seite liegt, im Jahre 1851 versicherte er seinen Neuenburger Getreuen, welche ihre fünfundsechzig Mann stark erschienen waren, um ihrem König zu huldigen, daß die Neuenburger Getreuen stets auf ihn rechnen könnten, wenn es sich darum handle, „Recht und Ordnung“ in Neuenburg wieder herzustellen. Ich brauche wohl nicht zu erwähnen, daß sich unter denjenigen, welche ihrem „angestammten Landesherren“ in Sigmaringen ihre Treue und ewige Ergebenheit versicherten, sich auch unser Freund, der ehemalige Gensdarm André Neuron befand.

IV.

Bei der Neugestaltung der Dinge im republikanischen Geiste würde auch sicher wohl Jean Meslier ein Amt oder eine Stelle haben erlangen können, wenn er sich darum beworben hätte. Hieron war er jedoch weit entfernt. „Ich habe etwas gelernt und brauche kein Wohlwollen nicht, Konful!“ hatte jener französische Steinweg zu Napoleon I. gesagt und so dachte auch Jean Meslier.

Als die republikanische Neuordnung durch die Volksabstimmung einstweilen zum Abschluß gekommen war, schmirte Jean sein Bündel auf's Neue, um wieder als Outmacher in die Fremde zu gehen.

Trotz des alten bösen Papa Neuron war es unter Jean doch mehr als einmal möglich gewesen, sein liebes Roussinchen Anatolie zu sprechen und sie von seiner heißen Liebe zu überzeugen und sich gegenseitig ewige Liebe und Treue zu schwören. Als dem Alten aber durch böse Jungen diese Wahr hinterbracht wurde, und er seinen Unmuth auch gegen seine Schwester, der Mutter Mesliers ausließ, verließ auch diese die Stätte, welche ihr bisher ein Heimath gewesen und nahm eine Stellung als „Angeler“ in einem Hotel in Neuenburg an, das bedeutet, daß sie Wäsche und Feinzeug unter sich hatte. Es war eine nicht ganz leichte Stellung für die bejahrte Frau. Im Jahre 1852 farb der Lehrmeister Jean Mesliers in New Hotel. Die Wittve wandte sich an die Mutter untes Jean und bald traf derselbe aus Turin ein, wo er zuletzt gearbeitet und übernahm seines Lehrmeisters Geschäft unter recht günstigen Bedingungen. Er näherte sich auch recht gut, seine Mutter zog zu ihm und führte ihn die Wirthschaft. Soweit wäre ja auch Alles nach Wunsch gewesen, aber alle Anstrengungen, welche Jean unternahm, um den alten Neuron zu seinen Gunsten umzustimmen, blieben vergeblich. Sein Roussinchen kam so allmählich in die Jahre der alten Jungfern, anstatt als Frau Meslier unter die Daube. Der Alte lebte in dem Dorfe La Sagne. Er wurde immer brummiger und seine Tochter Anatolie wurde öfter mit verweinten Augen als mit zufriednem Gesicht gesehen. Was der Alte trieb, wußte man recht gut, doch will ich es den Lesern verrathen.

(Fortsetzung folgt.)

Gesellschaft den heutigen Zustand, der auf der Ausbeutung und Auspoornung breiter Massen beruht, aufrecht erhalten will mit allen Mitteln, weil er den Vorkriegsleben, den noblen Tagelöhnen, Glücklichkeiten und Ergeizigen mühelosen Erwerb und die Verdrängung ihrer grenzenlosen Genußsucht gewährt. Die Panamas des 19. Jahrhunderts sind für diese Sippe eine fürchterliche Warnung; sie wird aber nicht gehört werden. Der Tanz um's goldene Kalb wird fortbauern, bis das Proletariat, aus dessen Knochen und Blut das Gold herausgeschoben, dasselbe zerstückelt. — Zur allgemeinen Kennzeichnung der gesamteten Untersuchung mag noch folgende Stelle aus der Erklärung hinzugefügt werden, welche die Winterheit des Ausschusses abgegeben hat. Da heißt es zum Schluß: „Obwohl nachgewiesen ist, daß bedeutende Summen des Eigentums der Panamalos-Inhaber entwendet worden sind, um Gefälligkeiten und politische Beihilfen zu erkaufen, obwohl die Verfechtung offenbar ist, scheint doch das ganze Streben der Regierung dahin zu gehen, unseren Forschungen die Bescheiden zu entziehen und vom Ausschuss die Beweismittel und Zeugnisse fern zu halten, die in dieser Beziehung genaue Angaben machen können, während andererseits vergeblich unbeydenbare Minder angewendet wurden, um Zeugnisse ausfindig zu machen, die politische Gegner bloßstellen hätten.“ — Kann denn die Regierung besser sein als die Gesellschaft, welche sie eingesetzt hat?

Aus Stadt und Land.

Bant, 24. Juli. Wie wir hören, findet in diesen Tagen eine Interessenten-Versammlung statt, zwecks Besprechung über die Neupflanzung der Nordstraße. Die Versammlung soll im Beisein des Herrn Amtshauptmanns von Jever stattfinden.

Wilhelmshaven, 25. Juli. Die gestrige Sitzung des Bürgervereins-Kollegiums war Anfangs beschlußunfähig und mußte so lange vertagt werden, bis durch das mittlerweile Dinsumkommen des Bürgervereins-Schreiber dieser Kalamität abgeholfen war. Nachdem lobam in die Beratung eingetreten worden, erteilte zunächst das Kollegium einem Magistratsbeschlusse vom 9. Juli, betr. Ausbau bzw. Erhöhung der Kanalstraße, bei welcher, einem sachverständigen Gutachten zufolge, 1361 Kubikmeter Füllsand benötigt sind, seine Zustimmung. Zum 2. Punkte, Subvention der Omnibuslinie bzw. Gewährung einer Beihilfe zur Unterhaltung dieser Fahrten betr., wurde einem diesbezüglichen Magistratsbeschlusse zugestimmt, nach welchem der jetzige Inhaber der Omnibuslinie, Herr Kruse, pro Jahr eine Beihilfe von 400 M. aus öffentlichen Mitteln erhalten soll. Dem Antrage eines Bürgervereins-Mitglieds, dem pp. Kruse die Beihilfe zu verdoppeln und zwar von dem Tage an, wo er wieder mit zwei Wagen fahren würde, wurde nicht stattgegeben, sondern es müsse Kruse anheim gestellt werden, sich gegebenenfalls mit einer erneuten Eingabe an den Magistrat bzw. Bürgervereins-Kollegium zu wenden. Ustern 3. Punkte wurde das Bürgerrecht zunächst dem Zimmerer W. Janßen, Altenbeiweg, erteilt und sodann auf Antrag unter Berufung auf § 28 der Hann. Städteordnung folgenden Herren: S. Waad, S. Hüffel, C. Melahn, S. Bruns, C. Wald, C. Ewert, Chr. Truntel, W. Sander, W. Kraft, F. Lange, Th. Zoerber, S. Werner, C. Grotlich, L. Lepper, B. Heeren, D. Falkenberg, F. Tiedel, C. Meyerhoff, W. Schlobach, S. Meyer, C. Hinrichs, C. Hahn, C. Jaisinski, S. Weber, W. Belg (sämtlich Werkführer der kaiserlichen Werft), und endlich dem Werkmeister Th. Müller. Zum 4. Punkte bezieht der Wortführer, Bürgervereins-Mitglied, über den jüngst stattgefundenen Städtetag in Lüneburg. Wir übergeben den umfangreichen Bericht, weil derselbe für unsere Leser gar keinen oder doch nur höchst wenig Wert besitzt. Als bemerkenswert heben wir nur hervor, daß Wilhelmshaven zu diesem Städtetage wohl zugelassen worden ist, weil aber noch nicht selbstständig und dementsprechend auch nicht in den Städteverband aufgenommen werden konnte, so hätten die Vertreter Wilhelmshavens weder Sitz noch Stimme, mit anderen Worten: nichts zu sagen gehabt. Im Punkte „Verschiedenes“ wurde berichtet, daß einem Beschlusse der Beleuchtungskommission gemäß in der Kaiser-

und Wallstraße je zwei Gaslaternen und am Altenbeiweg eine Petroleumlaterne aufgestellt werden sollen. Nach Schluß der Sitzung fand eine vertrauliche Besprechung, namentlich, wie wir hörten, über Krankenhausangelegenheiten, statt.

Wilhelmshaven, 25. Juli. Auf der Werft wurde in der vergangenen Nacht in zwei Werftlinien Einbruch verübt. Die Einbrecher, beziehender Weise zwei Militärdiagnosten von der Patrouille-Division, wurden von der Patrouille der Feuerwache, die aus einem Werkführer und ein oder zwei Mann von der Feuerwache besteht, bei ihrer Thätigkeit überrascht und gefangenommen. Wie wir hören, sollte die beiden Einbrecher, die zu den Ventilationsschloten eingestiegen sind, die Kassen entzogen und der einen neun und der anderen drei Mark entnommen haben. Dergleichen sollen sie auch eine Anzahl volle Bierflaschen haben mitgehen lassen. Voraussichtlich dürfte die beiden Bösewichter eine sehr harte Strafe treffen.

Wilhelmshaven, 25. Juli. Bei Gelegenheit der Kontrolle der Nahrungsmittel in verschiedenen Theilen der Provinz hat sich herausgestellt, daß die Beiträge zur Invaliditäts- und Altersversicherung für die unständigen Arbeiter, insbesondere für die außerhalb des eigenen Hauses arbeitenden Näherinnen und Wäscherinnen, für Hafenarbeiter, landwirtschaftliche Arbeiter und dergleichen, immer noch vielfach in nicht zureichendem Maße erfolgt. Demgegenüber weisen wir darauf hin, daß die Verpflichtung zur Verwendung der Beitragsmark für die bezeichneten Personen jedem Arbeitgeber obliegt, so lange ihm nicht nachgewiesen wird, daß für die Kalenderwoche, in welcher die Beschäftigung — sei es auch nur in Stundenarbeit — statt fand, bereits anderweit eine Marke beigebracht resp. fällig geworden ist. Die Nichterfüllung der Beitragspflicht unterliegt gemäß § 143 des Reichsgesetzes vom 22. Juni 1889 einer Geldstrafe in Höhe bis zu 300 M.

Wilhelmshaven, 25. Juli. (Von der Marine.) Schiffsjüngerschuß „Aige“ ist am Sonnabend auf der Rhede in Kiel eingetroffen. Briefsendungen u. s. w. für dasselbe sind vom 24. Juli bis 7. August nach Saganitz (Rügen), vom 8. bis 14. August nach Swinemünde, vom 15. August bis 3. September nach Joppo, vom 4. September ab nach Kiel; für Tptbdt. „D 4“, Tptbdt. „S 25“, 26, 27, 28, 29, 30“, III. (C) Tptbdt. bis auf Weiteres nach Kiel zu dirigieren. — Als Termin zur Abholung der auf der afrikanischen Station befindlichen Schiffe, „Aigo“, Kommandant Korvettenkapitän Veder, Kanonenboot „Aigo“, Kommandant Korvettenkapitän Walthar I., Gull, „Cyber“, sowie für den Dampfer „Nachtigal“, ist Anfang Oktober d. Js. in Aussicht genommen. Der Transport wird wieder nach Kamerun gehen. Mit diesem Transport soll sich auch ein Detachement nach Kamerun begeben, welches dort Vermessungen vorzunehmen hat. — Kanonenboot „Aigo“, Kommandant Korvettenkapitän Graf v. Baudissin II, ist am 19. d. M. in Sigo eingetroffen. Kreuzer „Schwalbe“, Kommandant Korvettenkapitän Uetrich, ist am 22. d. M. in Gibraltar eingetroffen und beabsichtigt am 26. d. M. die Heimreise fortzusetzen. Aviso „Falke“, Kommandant Korvettenkapitän W. der, ist am 22. d. Mts. in Kamerun eingetroffen. — Kanonenboot „Wald“ ist am 23. d. Mts. in Bangkok eingetroffen. — Yacht „Hohenzollern“, Aviso „Wig“ und mehrere Torpedobote sind gestern von Saganitz nach Kiel abgegangen.

Oldenburg, 24. Juli. Aus der Ferienkolonie. Der Musikleiter Hedemann II vom hiesigen Infanterieregiments wird wegen Verdachts der Fahnenflucht vom Regimentskommando strafbüchlich verfolgt. Er ist bereits seit dem 9. Juli spurlos verschwunden.

Oldenburg, 24. Juli. Die am Mittwoch wegen Brandstiftung zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurtheilte Hauswirthin Emma Ammermann aus Asten hat sich am Donnerstag Nachmittag in ihrer Zelle mit einem scharfen Gegenstand am Arm derartig verletzt, daß ihre Ueberführung in's Hospital nothwendig wurde.

Bremen, 24. Juli. Welchen hundsgemeinen Liberalismus die „Weser-Zeitung“ vertritt, das geht aus ihrem Verhalten gegen den hier sehr bekannten und beliebten Pastor Dr. Kalthoff hervor, obwohl die Worte Liberalismus, den die „Weser-Zeitung“ verabsch-

in weiten Volkstreffen bekannt und Gegenstand des berechtigten Spottes ist und nur bei den „Weser-Zeitungen“ Bremens Anerkennung findet. Daß aber die „Weser-Zeitung“ zu dem unlaublichen Handverf der Demagogie mit dem augenscheinlichen Zweck, einen edlen Menschen zu ächten, greifen würde, das ist der jetzigen Zeitung vorbehalten gewesen und nur möglich geworden, nachdem man in der vergangenen Wahlperiode zur Bekämpfung des sozialdemokratischen Gegners den Spitzel der Charakterlosigkeit ohne große Anstrengung erlangt hat. Doch zur Sache. Belegter Herr Dr. Kalthoff, ein Geistlicher, der seine Stellung anders ansieht, als die tausend orthodoxen Kuder oder Brodbeckler-Theologen, ein ganzer, moderner Mensch, der den Pulsschlag des Jahrhunderts fühlt und daraus das Brinck der Menschheit feststellen kann, interessiert sich sehr für die Lösung der materiellen und geistigen Stellung der Arbeiter. Um die wenigen Männer seines Schlages in Bremen zu sammeln und den Arbeitern Belehrung und Aufklärung, sowie in dem Rahmen eines christlichen geistigen Vereins das möglich ist, hat er den Verein „Lifung“ gegründet und entfaltet dort eine lobenswerthe Thätigkeit. Herr Dr. Kalthoff, der nach seiner eigenen Erklärung über den Parteien stehen will und also alle Parteien gleichberechtigt hält, hat daher auch den Rath, diesen Standpunkt der Sozialdemokratie gegenüber einzunehmen und nach vorne, wenn an ihn das Gedränge erzieht, in den sozialdemokratischen Vereinen Vorträge zu halten über Demokratie, die von allgemeinem Interesse waren. So hatte Herr Dr. Kalthoff sich jüngst auch bereit erklärt, in dem sozialdemokratischen Diskussionsverein Vortrag über Metastoff zu halten. Das konnte der Vereinsvorsitzende in und um die „Weser-Zeitung“ nicht ungekräftigt hingehen lassen und so erschien denn am 11. Juli in der „Weser-Zeitung“ folgende Notiz:

„Wir theilen unsern Lesern als interessante Thatsache mit, daß Herr Pastor Dr. Kalthoff für den am morgigen Abend öffentlichen Diskutirabend des sozialdemokratischen Diskussionsclubs einen Vortrag über Metastoff übernommen hat.“

Herr Pastor Kalthoff sandte an die Redaktion der „Weser-Zeitung“ eine Erklärung, in der er den Verbot der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei zurückwies und erklärte, in welcher eingelegter Prediger über den Parteien stehe. Die Redaktion der „W. Z.“ nahm die Erklärung in ihrem Spalten jedoch nicht auf. Einer weiteren Forderung des Dr. Kalthoff, die folgendermaßen lautet, gab die Redaktion der „Weser-Zeitung“ endlich Raum:

„An die Redaktion der „Weser-Zeitung“
 Ich bin von meiner ursprünglichen Ansicht, daß System der Verdächtigung, welches Sie in der Angelegenheit eines von mir in einem sozialistischen Verein übernommenen Vortrages betrieben haben und welches sich mir nach Ihrer Weigerung, eine von mir gegebene Erklärung abzubringen, als ein benutztes und beschämendes qualifiziert, einen geschriebenen öffentlichen Brief zu unterbreiten, habe ich nach Rücksprache mit den Bauherren meiner Gemeinde vorläufig Abstand genommen, behalte mir indeß, bei, an geeigneter Stelle auf die Sache zurückzukommen. Ich will Ihnen heute nur mein Urtheil über Ihr Verhalten dahin aussprechen, daß durch die von Ihnen geübte, von zahlreichen urtheilsfähigen Männern meiner Bekanntschaft auf das schärfste verurtheilte journalistische Praxis die „Weser-Zeitung“ in meinen Augen auf gleiche Stufe mit Verlogenem gestellt ist, mit denen ich bisher Ihre Zeitung noch nicht identifizirt habe. Was ich von dem Herrschaften, den Ihr Organ zu vertreten vorgiebt, halte, werden Sie sich selber sagen können.“

Dr. Kalthoff.
 Diese Auslassung gab aber auch der Redaktion der „Weser-Zeitung“ Anlaß zu Ausfällen gegen den Herrn Dr. Kalthoff, die darauf hinauslaufen, denselben als verkappten Sozialisten zu verdächtigen. Die „Weser-Zeitung“ hält es für ein schweres Verbrechen, daß bei der dem sozialdemokratischen Verein der Kapitalisten säcker, Internatid gebe in der Uebung der Rednergabe als Waffe gegen die bürgerliche Gesellschaft, die vor Augen erst unter Anerkennung aller Mittel in Bremen über die Sozialdemokratie geführt habe. Mit einem Worte, es ist ein Verbrechen, wenn ein Mann aus dem Bürgerthum mit Charakter und selbstständiger Meinung der Sozialdemokratie nicht auch mit demselben schellen daß, wie ihn der Bremer Kaufmannstügel ist, entgegentritt und dieselbe als eine natürliche, aus den Verhältnissen entstandene und daher berechtigte Partei ansieht. Wir haben alle Achtung vor Herrn Kalthoff und alle Beachtung für seine heimtücklichen Gegnern, aber ob er noch lange seine Stellung wird behaupten können, wenn er seine eigene Meinung und selbstständige Handlungsweise noch ferner zum Ausdruck bringt, scheint uns sehr fraglich. Er wird an dem Orte, wo die Verhältnisse herrschen, von dem Schiffsalt Doullon's, dem furchtlosen Freiheitskämpfer von 1848, kaum vertheidigt werden.

Hamburg. Auf der Elbe kenterte am Sonntag ein mit 9 Mann besetztes Boot, welches von einem Dampfer angegert worden war. Sechs Personen wurden gerettet und drei sind ertrunken.

Beschwerden über unregelmäßige Zustellung unseres Blattes bitten wir sofort bei der Expedition vorzubringen, damit Abhilfe geschaffen werden kann. „Nordd. Volksbl.“

Gochwasser.
 Mittwoch, 26. Juli. Vorm. 11,07, Nachm. 10,39.

Statut
 der
Gemeinde Bant, betreffend Straßenbeleuchtung.

§ 1.
 Die Straßen in der Gemeinde Bant sollen im Winter beleuchtet werden. Unter Winterzeit ist die Zeit vom 1. Oktober bis 1. April zu verstehen.

§ 2.
 Die Beleuchtung geschieht durch Petroleumlaternen und sollen dieselben vom Dunkelwerden an bis 11 Uhr Abends brennen.

§ 3.
 Bei Mondscheln werden die Laternen nicht gebrannt, doch müssen dieselben bis 30 Minuten nach dem Mondaufgang und von 30 Minuten vor dem Monduntergang an brennen.

§ 4.
 Die Kosten der Beleuchtung haben sämtliche Steuerpflichtige nach der Gesamtsteuer zu tragen.

§ 5.
 Die Hebung geschieht durch den Gemeinde-Rechnungsführer.

§ 6.
 Dieses Statut tritt 14 Tage nach dessen Genehmigung seitens des Großherzoglichen Staatsministeriums, Departement des Innern, in Kraft.

Vorstehendes Statut hat gemäß Art. 9, § 3 der revidirten Gemeindeordnung die höchste Bestätigung erhalten.
 Oldenburg, 1893, Juli 17.
Staatsministerium, Departement des Innern.
 Janßen.

Das vorstehende Statut wird hiernit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.
 Bant, den 24. Juli 1893.
Der Gemeindevorsteher.
 Reens.

Logis für einen jungen Mann.
 Neue Wilhelmshavenerstr. 69, 1 Tr.

Verband deutscher Zimmerleute
 (Lokalverband Wilhelmshaven).

Zu dem am Montag den 31. d. M. stattfindenden

Tanz-Kränzchen
 im Saale des Herrn Thumann in Heppens

werden Mitglieder und Freunde des Verbandes hierdurch freundlichst eingeladen. Karten hierzu sind bei den Mitgliedern und im Festlokale zu haben.
 Entree 75 Pf. Damen frei. — Anfang 8 1/2 Uhr.
Das Festkomitee.

Hamburger Leder-Hosen
 in weiß und farbig, zu sehr billigen Preisen.
B. H. Bührmann, Wilhelmshaven.

Kinder-Regenmäntel
 — in allen Größen fortirt —
 zu sehr mäßigen Preisen.
B. H. Bührmann, Wilhelmshaven.

Letzte Bekanntmachung.

Der vortheilhafte Ausverkauf

dauert  nur  noch diese Woche

und liegt es im Interesse eines Jeden, noch von dem letzten Rest der Waaren, welche von heute an zu jedem annehmbaren Preise losgeschlagen werden, zu kaufen. Besonders mache noch auf den letzten Rest

Staub-Mäntel für Damen

aufmerksam, die jetzt zu 3 und 4 Mark à Stück abgegeben werden. Ebenfalls auf den kleinen Rest seidener Staubmäntel für Damen, welche gleichfalls billig abgegeben werden. Ferner sollen sämtliche noch vorhandene

Manufakturwaaren, Herren- u. Knabengarderoben, Schuhwaaren, Seide etc.

zu nochmals  heruntergesetzten Preisen  abgegeben werden.

ELI FRANK

Partiwaaren-Bazar

15 Gökerstraße. Wilhelmshaven. Gökerstraße 15.

Auktion.

Wegen Wegzug sollen am **Donnerstag den 27. d. M.**

Nachmittags 2 Uhr anfangend im Saale des Gastwirths **Paul Vater** zu Neubremen mit Zahlungsrück öffentlich meistbietend verkauft werden:

- 1 zweith. Kleiderschrank, 1 Küchenschrank mit Aufschlagborte, 1 Kommode, 3 große Tische, 1 Kindertisch, Stühle, 3 Bettstellen, 1 Kinderwagen, Silber, 1 amerik. Wanduhr, 1 Polsterbüchse, 1 Zellerborte, 3 Baseballen, 2 Einmachefässer, 1 großer zinnerner Waschtopf, Wassereimer und sämmtliches sonstige Haus- und Küchengeräth.

Ferner kommen mit zum Verkauf:

- 1 Fleischspülmaschine, 1 große Kortmaschine, ca. 25 Flaschenfaßen (passend für ein Biergeschäft), 1 fast neue Schneiderrähmaschine, 1 Familien-Rähmaschine, 1 große Dezimalwaage, Holznapfe, Lampencylinder, Borax (in Packeten), Denschwärze, Pfeifenköpfe, Abgüsse (weiße und bunte), Tabaksdosen, Uhrkapitel, Fingerhüte, Puppenstuden, Puppenköpfe, Riegelölau, 3 große Blechtafen (50 Pfd. gebr. Kaffee fassend) und verschiedene andere Gegenstände, auch eine Partie Cigarren.

Neuende, den 25. Juli 1893.

J. Gerdes,
Auktionator.

Reste-Ausverkauf

begann am

Montag den 17. ds. Mts.

Die noch vorhandenen Reste in **Kattun, Barchend, Bettzeug, Inlets, Hemdentuch, Shirting, Piqué, Damast, baumw. Kleiderstoffen** usw. kommen zu enorm billigen Preisen zum Verkauf.

Wilh. Hoting,
Marktstraße 25.

84 cm breite, feine **Kleider-Kattune Madapolame**

per Meter 30 Pfg. **Starkfädige Druck-Kattune**

bektes Fabrikat, per Meter 35 Pfg. **B. H. Bührmann,**
Wilhelmshaven.

Für ein lebhaftes **Manufaktur-, Colonial- und Kurzwaaren-Geschäft** wird auf gleich oder zum 1. Oktober ein **Lehrling**

mit guten Schulkenntnissen gesucht. Nähere Auskunft erteilt **M. Schöffel.**

Zu vermieten

eine Oberwohnung mit herrlicher Aussicht. **W. Schmidt,** Banterhafen.

Zwei Lehrer aus Bant wünschen einen **einfachen, kräftigen Privatmittagstisch.**

Off. u. J. E. II. a. d. Exp. d. Bl. abzug.

Soeben erschien und ist durch die Buchhandlung von **G. Buddenberg,** Marktstraße 27, zu beziehen:

Gekrönte Häupter.

II.

August der Starke
Kurfürst von Sachsen, König von Polen.

64 Seiten. Preis 20 Pf.

Achtung!

Sitzung

der **Kartell-Kommission**

Donnerstag den 27. Juli

Abends 8 1/2 Uhr.
Der Vorsitzende.